

Politische Ökonomie der Transformation

Andreas Novy

Die Welt ist im Umbruch. Transformationen finden statt, ob sie gewollt sind oder nicht. Umkämpft und umstritten ist einzig, welche Veränderungen wie stattfinden werden. In einer weit beachteten Studie hat der WBGU (Wissenschaftliche Beirat der deutschen Bundesregierung für globale Umweltfragen) die anstehenden Veränderungen des 21. Jahrhunderts als „große Transformation“ bezeichnet, die sich von den teilweise durchaus weitreichenden Veränderungen des 20. Jahrhunderts noch einmal unterscheidet. Der WBGU postuliert, dass die anstehende Veränderung nur mit zwei großen Umbrüchen in der Menschheitsgeschichte vergleichbar sei: dem Neolithikum als Übergang von Gemeinschaften von JägerInnen und SammlerInnen zu sesshaften landwirtschaftlich geprägten Gesellschaften und der industriellen Revolution als Übergang zu städtischen Industriegesellschaften. Für das 21. Jahrhundert erhofft der WBGU eine Nachhaltigkeitsrevolution und weist ausdrücklich darauf hin, dass er das Konzept der großen Transformation von Karl Polanyi übernimmt (WBGU 2011). In diesem Artikel möchte ich in zweierlei Hinsicht an den WBGU anschließen. Zum einen, weil ich die Einschätzung teile, dass es im 21. Jahrhundert zu massiven Umbrüchen kommen wird, die zu neuen Formen des Lebens und Arbeitens führen (Novy 2014). Zum anderen hilft die Lektüre Polanyis tatsächlich, die politische Ökonomie der gegenwärtigen Transformation zu verstehen, wiewohl der WBGU und ein Gutteil der Transformationsforschung nach ihr Polanyi in einem wichtigen Punkt missverstehen (Novy 2022).

In „The Great Transformation“ unterscheidet Polanyi langfristige und kurzfristige Transformationen. Als langfristige beschreibt er die industrielle Revolution, die in einem evolutionären Prozess zum aktuellen, durch Maschinen dominierten Zeitalter führte. Er verwendet dafür die treffende Metapher der Metamorphose: Die Industriegesellschaft ähnele derjenigen davor, so wie der Schmetterling einer Raupe ähnele – das selbe Tier, aber doch grundverschieden. Die These des WBGU und guter Teile der sozialökologischen Transformationsforschung ist, dass genau dies im 21. Jahrhundert passieren wird. Eine wesentliche, aber nicht die einzige Ursache ist die Klimakrise, die das menschenfreundliche Klima des Holozäns gefährdet.

Jedoch verwendet Polanyi in seinem 1944 erschienen Buch „The Great Transformation“ den Begriff „große Transformation“ nur zwei Mal, und mit einer Bedeutung, die sich von der oben verwendeten Definition unterscheidet. Auf den ersten Satz des Buches („Die Welt des 19. Jahrhunderts ist zusammengebrochen.“) folgt: „Das vorliegende Werk befaßt sich mit den politischen und wirtschaftlichen Ursachen dieses Geschehens sowie mit der großen Transformation, die es einleitete.“ (Polanyi 1978, 19). Mit „große Transformation“ meint Polanyi nicht die langfristige Metamorphose der Industriegesellschaft, der er sich in „The Great Transformation“ zwar ausführlich widmet. Den Begriff „große Transformation“ reserviert er hingegen für die kurzfristigen politischen, sich überstürzenden Ereignisse, die auf die Weltwirtschaftskrise 1929 folgten. Roosevelts New Deal,

Stalins „Sozialismus in einem Land“ sowie Formen von Faschismus wenden sich vom liberalem Kapitalismus ab und führen stärker politisch bestimmte und territorial organisierte sozioökonomische Systeme ein.

Polanyis Interpretation der großen Transformation in den 1930er Jahren beschränkte sich nicht auf die Abkehr vom Wirtschaftsliberalismus in Folge der Weltwirtschaftskrise nach 1929. Vielmehr verband er politökonomische mit kulturellen Analysen und sah eine langfristige Transformation zu einer stärker territorial organisierten und politisch gesteuerten Wirtschaftsweise. Das Bretton-Woods-System sowie der Nachkriegs-Wohlfahrtskapitalismus enttäuschten zwar seine Hoffnungen auf einen demokratischen Sozialismus, unterschieden sich aber grundlegend vom liberalen Kapitalismus.

Wenn ich im Folgenden die politische Ökonomie der Transformation beschreibe, dann verbinde ich die Analyse langfristiger Transformationen mit der Untersuchung der aktuellen Krise des Neoliberalismus. Ich untersuche die aktuelle Konjunktur, indem ich Langfrist- und Kurzfristanalyse verbinde (Novy 2000). Kurzfristig konzentrierte sich nach 2008 die Aufmerksamkeit wie in den 1930er Jahren auf die Krise einer spezifischen Regulation des Kapitalismus: die neoliberale Globalisierung und ihre sozialen Folgen. Aktuell bestimmend sind der Ukrainekrieg und die erhöhten Lebenshaltungskosten. Die prägenden Langfristentwicklungen sind die ökologische Krise und die grundlegenden geopolitischen Veränderungen, verwoben mit der zu wenig diskutierten Krise der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Wiewohl diese in den letzten 200 Jahre große zivilisatorische Fortschritte in den allermeisten Teilen der Welt brachte, tendiert sie dazu, ihre eigenen ökologischen und politischen Grundlagen zu untergraben (Fraser und Jaeggi 2018, Streeck 2011).

Langfristentwicklungen: Ökologie und Geopolitik

Transformationen sind Metamorphosen, also grundlegende Veränderungen. Sie sind mehr als bloß sozialer Wandel. Wie das Wort Trans-form-ation anzeigt, ändern sich mit ihr Formen, konkret die Organisation von Gesellschaft und Umwelt. Zwei wesentliche, sich langsame vollziehende Trans-form-ationen, sprich Veränderungen von Formen, werden im Folgenden herausgegriffen.

Erstens gibt es eine große, vielschichtige ökologische Krise, deren Symptome anschaulich mit dem Konzept der planetaren Grenzen dargestellt werden (Steffen et al. 2015). Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht hierbei die Klimaerhitzung, deren Eindämmung auf 1,5°-Grad mit dem Pariser Klimaschutzabkommen 2015 ein Oberziel der internationalen Staatengemeinschaft geworden ist. Mit dem European Green Deal (EGD) wurde Klimapolitik eine EU-Priorität. Mit dem Fokus auf Dekarbonisierung bleiben aber weitere planetare Grenzen wie Biodiversität und Landnutzung sowie damit verbundene sozioökonomische Herausforderungen, wie die Sicherung der Grundversorgung möglichst aller Menschen im Sinne der ebenfalls 2015 von allen UN-Mitgliedsstaaten unterzeichneten SDGs (Sustainable Development Goals) unberücksichtigt. So kann das aktuell stattfindende Artensterben durch die Ausweitung erneuerbarer Energieträger wie Biomasse sogar verstärkt werden (WBGU, 2020). Das komplexe Thema der Biodiversität zeigt deutlicher als die Klimakrise, dass die nachhaltige Bewältigung der

ökologischen Herausforderungen mit technischen Mitteln alleine nicht erreichbar ist. Es braucht ein neues gesellschaftliches Naturverhältnis, ein weniger ausbeuterisches Verhältnis des Menschen gegenüber der Natur. Dies beinhaltet die Anerkennung der ökologischen und sozialen Grenzen der vorherrschenden Art zu produzieren und zu leben (Brand et al. 2021). Menschen leben eingebettet in Gesellschaften und biophysischen Systemen. Kippt das menschenfreundliche Klima durch übermäßige Erhitzung, verschwinden auch menschliche Zivilisationen, wie wir sie kennen.

Zweitens findet eine große geoökonomische und geopolitische Veränderung statt, die sich aus dem Aufstieg Chinas und einzelnen weiteren Teilen des Globalen Südens ergibt. Die kapitalistische Wirtschaftsweise entstand im Westen, in Westeuropa und danach in Nordamerika. Sie hat, wiewohl ungleich, in den meisten Teilen der Welt sozialen Fortschritt in Form höherer Lebenserwartung, besserer Schulbildung und größerer individueller Entfaltungsmöglichkeiten gebracht. Europa ist weiterhin eine der reichsten Weltregionen, die USA ist weiterhin die militärische Führungsmacht und der US-Dollar die weltweite Leitwährung. Doch folgten auf das Ende des Kolonialismus im 20. Jahrhundert Deindustrialisierung, der kontinuierliche Rückgang von Marktanteilen und militärisch-diplomatische Niederlagen im Nahen Osten. Langsam, aber kontinuierlich verlagerte sich seit den 1960er Jahren das Zentrum der Weltwirtschaft vom Atlantik, d.h. von Nordamerika und Westeuropa, hin zum Pazifik, d.h. vor allem Asien (Martin et al. 2018). Das gefährdet die wirtschaftliche Vormachtstellung des Westens, die jahrhundertlang auf einer ungleichen Arbeitsteilung zwischen den Zentren und Peripherien der Weltwirtschaft aufbaute. Es birgt aber auch die Chance, die eigene planetarische Verantwortung ernst zu nehmen und Ressourcen global gerechter zu verteilen. Aktuell zeigen sich jedoch vor allem die Gefahren in Form neuer geopolitischer Konflikte. Das verschärft den Verteilungskampf um Ressourcen, Kriege werden wahrscheinlicher.

Die vergangenen Jahre zeigten mit Finanzkrise, Pandemie und Ukrainekrieg, dass das einzig Sichere ist, dass es nicht so bleibt wie es ist. Das erscheint vielen Menschen, nicht nur, aber vor allem in reichen Ländern, als Bedrohung. Das Bedürfnis nach Sicherheit nimmt zu, Menschen werden konservativer. Dies erleichtert es, Unzufriedenheit in Kulturkämpfen zu instrumentalisieren.

Kurzfristentwicklungen: Krise der Hyperglobalisierung und Gegenbewegungen

2008 rief die Banken-, Finanz- und Immobilienkrise Erinnerungen an 1929, den Beginn der Weltwirtschaftskrise, wach. Doch Nationalstaaten retteten „ihre“ Banken großzügig und federten mit Konjunkturprogrammen den Wirtschaftseinbruch ab. Es war verführerisch zu meinen, die Geschichte der 1930er Jahre könne sich wiederholen. Aber die aktivere Rolle des Staates beschränkte sich auf den Ausnahmezustand der Akutkrise. Und so wurden all diejenigen enttäuscht, die hofften, dass soziale Gegenbewegungen und neue linke Parteien wie Syriza und Podemos die neoliberale Dominanz brechen – so wie dies mit Roosevelts New Deal geschah. Spätestens 2015 mit der Unterwerfung Griechenlands unter das Diktat der Geldgeber wurden diese Hoffnungen begraben.

Die mittelfristigen Folgen von 2008 war die Eurokrise und eine Phase wirtschaftlicher Stagnation in Europa. Fiskalpolitisch wurde an der durch die Maastricht-Kriterien auferlegten Budgetdisziplin festgehalten. Geringe öffentliche Investitionen und Kürzungen im Sozialbereich waren die Folge. Die Geldpolitik versuchte, konjunkturankurbelnd zu wirken und eine Deflation zu vermeiden, was teilweise gelang. Doch hatte das von den Zentralbanken praktizierte *Quantitative Easing* andere Verteilungswirkungen als fiskalpolitische Maßnahmen. Es führte zu steigenden Aktien- und Immobilienpreisen, was die Vermögensungleichheit vertiefte.

Auch in der Corona-Pandemie ab 2020 wurde eine tiefere Wirtschaftskrise mit großzügigen Kurzarbeitsprogrammen und Unternehmensförderungen verhindert. Doch im Unterschied zu 2008 könnte diesmal die langfristige Post-Krisenreaktion anders verlaufen. Aktive Wirtschaftspolitik wird überall, nicht nur bei linken Regierungen populärer.

Rodriks Globalisierungstrilemma

Sowohl die unterlegene Linke als auch die siegreichen neoliberalen Konservativen übersahen, dass sich im 21. Jahrhundert die Art der politischen und kulturellen Auseinandersetzung ändert. Die tiefgehenden Umbrüche führen zu einer anderen politischen Ökonomie, die sowohl die neoliberale Globalisierung als auch die postmoderne Hyperindividualisierung diskreditiert.

In der Corona-Pandemie stieg das Bedürfnis nach Sicherheit und Normalität, wie wohl umkämpft ist, was damit gemeint ist: Geht es um militärische oder um soziale Sicherheit? Und um welche Normalität geht es: Um die Rückkehr zum „normalen“ nicht-nachhaltigen Lebensstil oder darum, neue Routinen zu finden, mit denen die „normale“ Grundversorgung aller gesichert wird. Auf dem Spiel steht ohne Zweifel die Zukunft der westlichen Lebensweise. Brand und Wissen (2017) betonen deren nicht-nachhaltige und ausbeuterische Dimensionen und sprechen von einer „imperialen Lebensweise“, welche aber gleichzeitig ein menscheitsgeschichtlich einzigartiges Niveau an Selbstbestimmung und Emanzipation gebracht hat (Blühdorn 2019; Novy 2019).

Ähnlich wie 1929 ist heute erneut die Globalisierung Kristallisationspunkt politischer Auseinandersetzungen. Vermeintlich stehen sich gute und schlechte Raumbilder gegenüber. Ob bei Trump gegen Clinton oder bei Hofer gegen Van der Bellen, die Medien konstruierten einen Dualismus von weltoffen versus provinziell, was dem Anliegen der Weltoffenheit mehr schadet als nützt. Es ist – wie 1929 – vermutlich illusorisch zu glauben, dass die nächsten Jahrzehnte nicht von bestimmten Formen der Deglobalisierung geprägt sein werden – seien dies alte Formen von Nationalismus oder neue Formen von Regionalisierung.

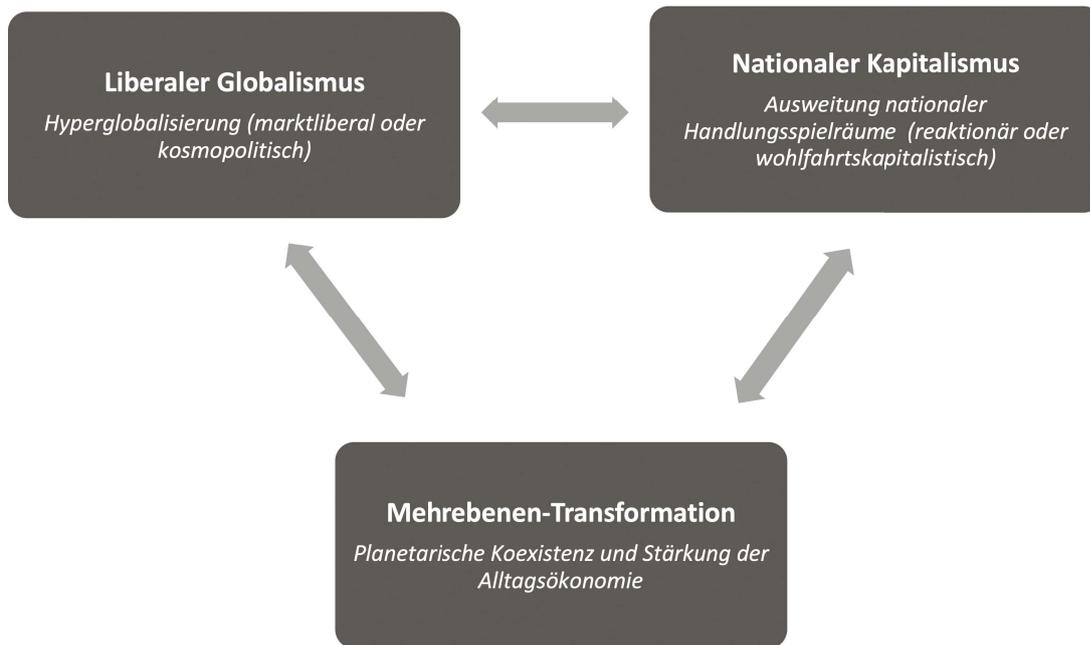
Dani Rodrik erkannte schon früh die Grenzen der „Hyperglobalisierung“, wie er die neoliberale Globalisierung nannte. Er definiert sie als eine Weltwirtschaft möglichst ohne Transaktionskosten, d.h. ohne den Handel behindernde Grenzen, die von supranationalen Institutionen wie der WTO und Schiedsgerichten überwacht wird. Rodrik bezweifelte, dass eine derartige Weltwirtschaftsordnung, die tief in soziale, kulturelle

und demokratische Institutionen vor Ort eingreift, möglich ist und entwickelte schon Ende der 1990er Jahre sein Globalisierungstrilemma, wonach Hyperglobalisierung, nationale wirtschaftspolitische Handlungsspielräume und Demokratie miteinander unvereinbar seien (Rodrik 2011). Eine der drei Zielsetzungen müsse immer aufgegeben werden. Sein Zukunftsmodell einer demokratiefördernden Entwicklung mit nationalen wirtschaftspolitischen Handlungsspielräumen orientiert sich am Bretton-Woods-System der Nachkriegszeit (Rodrik 2017).

Rodriks Globalisierungstrilemma hilft, die Hyperglobalisierung zu kritisieren, thematisiert aber weder langfristige Umbrüche wie die Klimakrise, noch kann es die aktuellen Formen reaktionärer Politik fassen. So thematisiert Rodrik nicht die kulturellen Dimensionen des Neoliberalismus, die Nancy Fraser als progressiven Neoliberalismus konzipierte (Fraser 2016): Die neoliberale Hyperglobalisierung ging mit einer Hyperindividualisierung einher, in der Kosmopolitismus und Diversität individuelle Selbstbestimmung stärkten und traditionelle Hierarchien der Geschlechter und Ethnien erschütterten (Putnam et al. 2020; Reckwitz 2019). In der Folge wurden Spitzenpositionen in Privatwirtschaft und Politik „diverser“ besetzt. Doch die Fortschritte in der Antidiskriminierung gingen einher mit einem verschärften Arbeitsmarktwettbewerb und sinkenden Reallöhnen für viele. Rechte Gegenbewegungen zogen ihre Kraft in der Folge aus der daraus resultierenden Verunsicherung, wobei soziale Fragen zunehmend von Identitätspolitik überlagert wurde, sei dies durch die Kritik an „Genderwahn“ oder „Migrationswellen“.

Strategien zukunftsfähigen Wirtschaftens

Trotz seiner Schwächen erlaubt eine Adaptierung des Rodrik'schen Trilemma, verschiedene Strategien zukunftsfähigen Wirtschaftens zu unterscheiden. Die drei Strategien, die sich aus der Adaptierung des Trilemmas ergeben, stellen jeweils nur eine der drei Rodrik'schen Zielsetzungen ins Zentrum: der liberale Globalismus verteidigt die Hyperglobalisierung, der nationale Kapitalismus vergrößert nationale Handlungsspielräume und die Strategie der Mehrebenen-Transformation fördert Teilhabemöglichkeiten im umfassenden Sinne. Die Strategien haben unterschiedliche räumliche Prioritäten: der liberale Globalismus insistiert auf globalen Lösungen, der nationale Kapitalismus setzt auf den Nationalstaat. Die Strategie der Mehrebenen-Transformation entzieht sich diesem wertenden Dualismus. Man kann weltoffen sein und sich seiner Heimat zugehörig fühlen. Es geht also nicht um ein dogmatisches Mehr oder Weniger an Globalisierung, sondern um deren konkrete Ausgestaltung. Daher kritisiert diese Strategie sowohl Ansätze, die mittels globaler Regelsetzungen nationale Handlungsspielräume einengen, als auch jene nostalgischen Ansätze, die mit einer Rückkehr zu nationaler Kleinstaaterei liebäugeln. Kleinstaaterei war schon für Polanyi im 19. Jahrhundert anachronistisch und ist dies heute umso mehr (vgl. Graphik 1).



Graphik 1: Strategien zukunftsfähigen Wirtschaftens (adaptiert von Novy 2022)

Liberaler Globalismus

Die Strategie des liberalen Globalismus dominierte nach 1989 die öffentlichen Debatten. Weltweit kulminierte der liberale Siegeszug in der Gründung der Welthandelsorganisation WTO 1995 (Slobodian 2018). In der EU ging dies mit einer Stärkung des Binnenmarktes und seinen vier Freiheiten einher – eine Variante von Globalisierung und Individualisierung. Gleichzeitig wurden politische Handlungsspielräume eingeschränkt, da die Nationalstaaten geschwächt wurden, ohne dass EU-Institutionen wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenzen bekamen. Angela Merkel wollte eine „marktgerechte Demokratie“; eine politische Ordnung, in der sich die nationale demokratische Gesetzgebung der Binnenmarktlogik unterordnet. Wirtschaftliche Globalisierung und globale Konkurrenz sei notwendig für internationale politische Zusammenarbeit. Demnach seien Handels- und Währungskriege mit allen Mitteln zu vermeiden, da sonst internationale Kooperation in Bereichen wie Klimaschutz und Frieden ins Stocken geraten könnte.

Der liberale Globalismus musste nach 2008 herbe Niederlagen einstecken. Es begann mit dem Vertrauensverlust in die globalen Finanzmärkte 2008. Es folgten antiliberale Regierungen in Osteuropa. 2016 kam es zum Brexit, gefolgt von der Wahlniederlage der liberalen Globalistin Hillary Clinton und dem Sieg des Republikaners Donald Trump, der mit „America First“ die Rhetorik des nationalen Kapitalismus salonfähig machte.

Nationaler Kapitalismus

Da der liberale Globalismus weder die durch die Hyperglobalisierung hervorgerufenen sozialen Kosten noch die Dynamiken kultureller Veränderung konstruktiv bearbeiten konnte, gewann der nationale Kapitalismus an Einfluss. Und zwar in zwei Spielarten: erstens die reaktionäre Variante mit ihrem Fokus auf traditionellen Geschlechterrollen, einer neokolonialen Weltordnung mit weißer Überlegenheit (*white supremacy*) und Wissenschaftsfeindlichkeit. Prominente Vertreter sind die US-amerikanischen Republikaner und Brasiliens Präsident Bolsonaro, die stark vom Agrobusiness, dem Militär, christlichen FundamentalistInnen und zuletzt vermehrt auch von Digitalkonzernen unterstützt werden. Aber auch innerhalb Europas gewinnen antilibérale Bewegungen an Kraft, die in der westlichen Migrations- und Kulturpolitik einen Verrat nationaler Traditionen und des wahren Europas sehen (Krastev 2019). Orbán und Kaczyński nehmen ausdrücklich Abschied vom Ziel, den liberalen Westen nachzuahmen.

Im Fokus reaktionärer Politik steht die Kontrolle über die Institutionen des Nationalstaats – Regierung, Parlament, Gerichte sowie Medien. Zwar werden supranationale Institutionen abgelehnt, nicht aber der Welthandel, solange dieser für die nationale Volkswirtschaft vorteilhaft ist. Die oben zitierten Politiker sind alle mittels Wahlen an die Macht gekommen, untergraben aber gleichzeitig die Institutionen einer liberalen Demokratie bis hin zur Anstachelung von Staatsstreichen in den USA und Brasilien. Sie nutzen nationale Handlungsspielräume zum eigenen Vorteil und versuchen, sowohl Spielregeln als auch Schiedsrichter zum eigenen Vorteil zu manipulieren. Die institutionellen Checks-and-Balance werden ausgehebelt, die Justiz vereinnahmt und Oppositionsrechte geschwächt. Schlüsselpositionen werden mit Wohlgesonnenen besetzt. Manchmal, wie z.B. in Polen, gibt es ausdrücklich auch Bemühungen, den Sozialstaat zu stärken.

Die zweite Variante des nationalen Kapitalismus stellt genau dies ins Zentrum. Sie orientiert sich am Wohlfahrtskapitalismus und ist inspiriert von den größeren Handlungsspielräumen während der Nachkriegsjahrzehnte, als globale Finanzmärkte stark reguliert waren. VertreterInnen sind linke, EU-kritische Parteien, aber auch Bidens ambitionierte, in wichtigen Teilen gescheiterte Reformversuche, gehen in diese Richtung. In Österreich repräsentiert die Stadt Wien diese Strategie. Aber auch die ÖVP hat einen Schwenk hin zu (beiden Varianten) der Strategie des nationalen Kapitalismus vollzogen. So ist Österreichs Bundesregierung aktuell bestrebt, Staatsverschuldung durch Wirtschaftswachstum und nicht durch Sparpakete zu verringern. Und schon Jahre davor wunderte, wie konsequent sich Ex-Kanzler Kurz vom liberalen Globalismus verabschiedete, nicht nur in Fragen von Menschenrechten und Migration, sondern auch in der Handels- und EU-Politik. Dies verstärkte sich in der türkis-grünen Regierung, die beim EU-Mercosur-Handelsabkommen bremst und die CO₂-Grenzausgleichsabgabe befürwortet.

Während die reaktionäre Variante ausdrücklich ein gutes Leben nur für wenige anstrebt, ist die wohlfahrtskapitalistische Variante nach innen bewusst inklusiv und um die Sicherung des sozialen Zusammenhalts bemüht. Diese Variante priorisiert soziale Absicherung: das Leben soll möglichst für alle leistbar bleiben. Die damit verbundenen ökologischen Kosten, allen voran der exzessive Emissionsausstoß und Ressourcenverbrauch gelten als zweitrangig gegenüber sozialen Problemen wie aktuell der Anstieg

der Lebenshaltungskosten. Gelöst sollen ökologische Probleme mit technologischen Innovationen und grünem Wachstum werden, auch wenn empirische Analysen zeigen, dass dies aufgrund von Reboundeffekten wenig wirksam war (Haberl et al. 2020).

Die Trump'sche Handelspolitik galt anfangs als irrational, boykottierte Trump doch Nachbesetzungen von Richtern und untergrub so die Handlungsfähigkeit der WTO-Schiedsgerichte. Darüber hinaus führte er protektionistische Maßnahmen ein, um Arbeitsplätze in den USA zu schaffen. Doch auch US-Präsident Biden bekämpft Handelsbilanzdefizite, vor allem gegenüber China. Mit nationaler Industriepolitik und selektivem Protektionismus verabschiedet er sich ausdrücklich von der neoliberalen Globalisierung. In Folge von Lieferengpässen während der Corona-Pandemie begann auch die EU intensiver mit einer eigenen europäischen Industriepolitik zu experimentieren – wenngleich zaghafter als die USA und China. Darüber hinaus spitzte Biden schon Anfang 2021 die geopolitischen Konflikte mit Russland und China zu. Es gelang ihm, insbesondere im Ukraine-Konflikt ein transatlantisches Bündnis für Demokratie und gegen Autokratien zu schmieden. Dieses Bündnis, in dem der NATO eine Schlüsselrolle zukommt, versteht sich explizit als Schutz gegen neue Gefahren aus dem Osten: politisch-militärisch das autoritäre Russland, ökonomisch das unfaire China und, aktuell in den Hintergrund gedrängt, kulturell der fundamentalistische Islam.

Mehrebenen-Transformation

Sowohl die Strategie des nationalen Kapitalismus als auch die der Mehrebenen-Transformation sind bestrebt, politische Gestaltungsspielräume auszuweiten – wenn auch auf unterschiedliche Weise und zu verschiedenen Zwecken. Beide akzeptieren, dass in der neuen politischen Ökonomie dem Staat eine Schlüsselrolle zukommt. Doch nicht nur dem liberalen Globalismus, sondern auch dem nationalen Kapitalismus fehlt die Problemlösungskompetenz in der ökologischen Krise und für geopolitische Konkurrenzen. Beide versuchen, zu einem Normalzustand zurückzukehren – sei dies dem gewohnten Lebensstandard oder einer bestimmten Welthierarchie. Einzig die Strategie der Mehrebenen-Transformation ist bestrebt, geeignete sozioökonomischen Institutionen und Maßnahmen zu finden, um angesichts sozialökologischer Umbrüche zukunftsfähig Wirtschaften zu können.

Die Corona-Pandemie lehrte zweierlei: zum einen, die Gefahren eines zerstörerischen Mensch-Natur-Verhältnisses, zum anderen, dass nicht alle Wirtschaftsbereiche gleich wichtig sind. Während der Lockdowns blieben nur Wirtschaftsbereiche, die für das Alltagsleben als notwendig erachtet wurden wie Einzelhandel, Spitäler, Verkehrs- und Energieversorgung, offen (Krisch et al. 2020). Ganze Produktionssysteme wurden umgestellt: so wurde *General Motors* in den USA zeitweise verpflichtet, auf die Produktion von Beatmungsgeräten umzustellen (Malm 2020).

Wirtschaftsbereiche, die Menschen alltäglich nutzen, funktionieren anders als Fabriken. Pflegen und Reparieren sind andere Arbeiten als die von Börsenmaklern und im Marketing. Daseinsvorsorge und Nahversorgung sollte für alle zugänglich sein. Dies erfordert den Ausbau sozialökologischer Infrastrukturen, mehr öffentliche Unterstützung, mehr Ressourcen und bessere Arbeitsbedingungen: Beispiele sind leistbare de-

zentrale Pflegeangebote, integrierte öffentliche Mobilitätsanbieter oder begrünte öffentliche Räume. Diese erhöhen Lebensqualität und reduzieren Lebenshaltungskosten. Eine leistbare Alltagsökonomie ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, produziert aber schon viele Emissionen und beansprucht Ressourcen. Trotzdem hat diese ökologische Bereitstellung von Wohnen, Essen, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Freizeit und Pflege- bzw. Sorgetätigkeiten „für alle“ oberste Priorität, denn nur sie ermöglicht ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen (O’Neill et al. 2018; Vogel et al. 2021). Als Folge müssen andere Wirtschaftsbereiche ihren Ressourcenverbrauch umso drastischer senken (Bärnthaler et al. 2021). Die aktuelle Teuerung wäre eine Chance, strukturelle Weichen zu stellen statt den „normalen“ Lebensstandard für alle aufrechterhalten zu wollen. Ein Entlastungspaket mit transformativer Wirkung hätte nur die Ärmsten finanziell voll kompensiert, und öffentliche Mittel stattdessen verwendet, um gezielt nachhaltige Formen der Bedürfnisbefriedigung zu fördern – allen voran eine Objektförderung zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern, um Energiearmut zu bekämpfen. Auch die Produktionsstrukturen sollten nach Corona nicht zur Normalität zurückkehren, denn es muss sorgsamer mit knappen Ressourcen umgegangen werden, wie dies mit Geschäftsmodellen der Kreislaufwirtschaft aber vor allem einer flächendeckenden Reparaturökonomie möglich ist. Und Teile der weltmarktorientierten Warenproduktion werden schrumpfen müssen, um die gewünschten Emissionsreduktionen zu erreichen.

Erweiterte demokratische Gestaltungsmöglichkeiten, um Alltagsökonomie und Grundversorgung zu stärken und sozialen Zusammenhalt und Frieden zu fördern, können und sollen auf allen Ebenen genutzt werden. Keine Ebene ist per se besser: Auf globaler Ebene basiert die Strategie der Mehrebenen-Transformation auf dem Prinzip der planetarischen Koexistenz, um friedliche weltweite Zusammenarbeit zu ermöglichen. Ein von diesem Prinzip inspiriertes Regelwerk funktioniert am besten in einer multipolaren Weltordnung mit unterschiedlichen sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklungswegen. Die aktuellen geoökonomischen und geopolitischen Konflikte zeigen, wie „dünn“ die globale Werte- und Interessensbasis ist. Daher kann ein internationales Regelwerk nur auf einigen wenigen Grundregeln aufbauen. Von den meisten Staaten unterzeichnete Vereinbarungen betreffen unter anderem den Schutz der Menschenrechte, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, die SDGs und das Pariser Klimaabkommen (Raza 2022). Im Unterschied zum liberalen Globalismus lehnt die Strategie der Mehrebenen-Transformation Bemühungen ab, das westliche Modell von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft nach Afrika, Lateinamerika und Asien zu exportieren. Dazu gibt es weder eine völkerrechtliche Basis noch Unterstützung im Globalen Süden. Im Gegenteil, der im Völkerrecht verankerte Grundsatz der territorialen Souveränität garantiert jedem Volk, ohne äußere Einmischung über die eigene Regierungs- und Wirtschaftsform zu entscheiden. Es ist daher kein Zufall, dass sich kaum ein Land des Globalen Südens an den Sanktionen gegen Russland beteiligt. Nicht nur die Ukraine will Entscheidungen unabhängig von Großmachtinteressen treffen.

Wiewohl weder die SDGs noch das Pariser Klimaabkommen Sanktionsmechanismen vorsehen, können sie ein Modell gelungener internationaler Zusammenarbeit werden, wenn von der Hyperglobalisierung Abschied genommen wird. Diese Form der Mehrebenen-Governance belässt nationale Handlungsspielräume, was erklärt, warum beide

trotz zunehmender internationaler Spannungen weiterhin weitgehend unbestritten sind. Ob sie tatsächlich wirksam zu nachhaltiger globaler Entwicklung beitragen, hängt wesentlich vom Agieren des Globalen Nordens ab. Ein Beispiel: globale Pandemiebekämpfung wäre einfacher, wenn Impfstoffe ein öffentliches, weltweit zugängliches Gut wären. Aktuell gilt jedoch Patentschutz weitgehend unbeschränkt. Damit wird Milliarden Menschen mit geringer Kaufkraft der Zugang zum Impfen versagt oder zumindest erschwert, weil westlichen Konzernen weiterhin erlaubt ist, die Nutzung ihres Know-hows für die Impfstoffproduktion zu verbieten.

Auf makroregionaler Ebene kann territoriale Handlungsfähigkeit, die national verloren gegangen ist, zurückgewonnen werden. Eine demokratisch legitimierte Regionalisierung könnte einen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen, um wirtschaftspolitische Zielsetzungen besser umzusetzen als in Nationalstaaten – davon war auch Polanyi (1945) überzeugt. Dazu gehört der Schutz vor globalen Machtkomplexen, sei dies die Abhängigkeit von Energieträgern oder globalen Finanz- und Digitalkonzernen. Der Ukrainekrieg zeigt, wie wirtschaftliche Abhängigkeit Handlungsspielräume einschränkt. Beispiele für Maßnahmen, die vermutlich leichter EU-weit durchgesetzt werden können als in Nationalstaaten, sind die Regulierung ausländischer Direktinvestitionen, Kapitalverkehrskontrollen und Schutzzölle (z.B. durch eine CO₂-Grenzausgleichsabgabe oder andere Maßnahmen zum Schutz vor Sozial- und Umweltdumping). Doch zeigen die aktuellen Blockaden des EGDs, dass auch in der EU die gemeinsame Werte- und Interessensbasis „dünn“ ist – und dies ganz unabhängig davon, wie die EU ihr Verhältnis zu den Nachbarländern verbessern kann.

National geht es vor allem um erweiterte finanz- und geldpolitische Spielräume, die in der EU durch ihre austeritätsfixierte Economic Governance sowie eine enge Auslegung des Mandats der EZB eingeschränkt wurden. Lokal und regional können Transformationen durch dezentrale Pflegeangebote, den Ausbau von Nahversorgung, die erhöhte Besteuerung des knappen Guts Boden sowie innovativen Modellen öffentlicher Eigentümerschaft gefördert werden.

Noch fehlen die ProtagonistInnen dieser Strategie. Für die Mehrheit der Bevölkerung sind Umwelthanliegen gegenüber anderen kurzfristigen Sorgen wie der Absicherung des eigenen Lebensstandards, soziale Sicherheit oder der Sorge um den Arbeitsplatz (noch) nachrangig (Stieß et al 2022). Das sieht man aktuell an der öffentlichen Debatte zur Teuerung. Es ist daher auch im Interesse einer wirksamen Umwelt- und Klimapolitik, dem Zugang zu Grundversorgung und Alltagsökonomie „für alle“ Priorität zu geben. Der Zugang zu sozialökologischen Infrastrukturen, von denen ein gelungenes Alltagsleben abhängt, muss allen möglich sein: von Energieversorgung und Wohnen bis hin zur lokalen Lebensmittelversorgung, Gesundheit und Pflege (Foundational Economy Collective 2019). Da dies Mittelschichten und Geringverdienenden gleichermaßen zugutekommt, ist diese Strategie potenziell mehrheitsfähig, weil sie Gräben überwindet, sei es zwischen der neuen und der alten Mittelschicht, zwischen GlobalistInnen und NationalistInnen oder zwischen Anliegen der Umwelt- und der Sozialpolitik. Dies gibt Sicherheit in unsicheren Zeiten, fördert den sozialen Zusammenhalt und verhindert die Instrumentalisierung von Kulturkämpfen. Indem sie bei dieser pragmatischen Vorgangsweise auch visionäre Zielsetzungen, allen voran die Priorisierung von Wirtschaftsbereichen, berücksichtigt (Bärnthaler et al. 2020, Novy et al. im Erscheinen), ist diese Strategie imstande, Lösungen für die anstehenden Transformationen zu liefern.

Literaturverzeichnis

- Bärnthaler, Richard, Andreas Novy und Leonhard Plank (2021): The Foundational Economy as a Cornerstone for a Social–Ecological Transformation. *Sustainability* 13(18). doi: 10.3390/sui31810460.
- Bärnthaler, Richard, Andreas Novy und Basil Stadelmann (2020): A Polanyi-Inspired Perspective on Social-Ecological Transformations of Cities. *Journal of Urban Affairs* 1–25. doi: 10.1080/07352166.2020.1834404.
- Blühdorn, Ingolfur (2019): The Dialectic of Democracy: Modernization, Emancipation and the Great Regression. *Democratization* 1–19.
- Brand, Ulrich et al. (2021): From Planetary to Societal Boundaries: An Argument for Collectively Defined Self-Limitation. *Sustainability: Science, Practice and Policy* 17(1):265–92. doi: 10.1080/15487733.2021.1940754.
- Brand, Ulrich und Markus Wissen (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch Und Natur Im Globalen Kapitalismus*. München: oikom.
- Haberl, Helmut et al. (2020): A Systematic Review of the Evidence on Decoupling of GDP, Resource Use and GHG Emissions, Part II: Synthesizing the Insights. *Environmental Research Letters* 15(6):065003. doi: 10.1088/1748-9326/ab842a.
- Krisch, Astrid, Novy, Andreas, Plank Leonhard, Schmid, Andrea, Blaas, Wolfgang (2020): *Die Leistungsträgerinnen des Alltagslebens. Covid-19 als Brennglas für die notwendige Neubewertung von Wirtschaft, Arbeit und Leistung*. FEC-Research Paper. <https://foundationaleconomy.com/research-reports/> (Zugriff am 17.6.2022)
- Malm, Andreas (2020): *Corona, Climate, Chronic Emergency. War Communism in the Twenty-First Century*. London: Verso. Verso.
- Martin, Ron, Peter Tyler, Michael Storper, Emil Evenhuis und Amy Glasmeier (2018). Globalisation at a Critical Conjunction? *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11(1):3–16. doi: 10.1093/cjres/rsy002.
- Novy, Andreas (2000): Wird alles anders? Überlegungen zu Krise und Beharrung. *Kurswechsel* (4): 6–20.
- Novy, Andreas (2014): Die Große Transformation gestalten - Implikationen für Europa. *Kurswechsel* (2):31–41.
- Novy, Andreas (2019): Kritik der westlichen Lebensweise. In: Luks, Fred: *Chancen und Grenzen der Nachhaltigkeitstransformation. Ökonomische und soziologische Perspektiven*. Berlin: Springer Gabler: 43–58.
- Novy, Andreas (2022): The Political Trilemma of Contemporary Social-Ecological Transformation – Lessons from Karl Polanyi’s The Great Transformation. *Globalizations*, 19:1, 59–80. DOI: 10.1080/14747731.2020.1850073+.
- Novy, Andreas, Barlow, Nathan und Fankhauser Julia (im Erscheinen): Transformative Innovation. In *Handbook of Critical Environmental Politics*. Edward Elgar.
- O’Neill, Daniel W., Andrew L. Fanning, William F. Lamb und Julia K. Steinberger (2018): A Good Life for All within Planetary Boundaries. *Nature Sustainability* 1(2):88–95. DOI: 10.1038/s41893-018-0021-4.
- Polanyi, Karl (1945): Universal Capitalism or Regional Planning? *The London Quarterly of World Affairs* 10(3):86–91.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Putnam, Robert und Shaylyn Romney Garrett, (2020): *The Upswing: How America Came Together a Century Ago and How We Can Do It Again*. New York: Simon & Schuster.
- Raza, Werner (2022): Von der liberalen zur wertebasierten Handelspolitik - Auf welcher Grundlage? Wien: Öfse. <https://www.oefse.at/publikationen/aktueller-kommentar/aktueller-kommentar-mai-2022/> (Zugriff am 17.6.2022)
- Reckwitz, Andreas (2019): *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Rodrik, Dani (2011): *The Globalization Paradox*. New York: Norton.
- Rodrik, Dani (2017): *Straight Talk on Trade: Ideas for a Sane World Economy*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.
- Slobodian, Quinn (2018): *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*. Cambridge: Harvard University Press.
- Steffen, Will et al. (2015): Planetary Boundaries: Guiding Human Development on a Changing Planet. *Science* 347(6223):1259855. DOI: 10.1126/science.1259855
- Stieß, Immanuel, Georg Sunderer, Luca Raschewski, Melina Stein und Konrad Götz (2022): *Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2020. Klimaschutz und Sozial-Ökologische Transformation*. Dessau-Roßlau: UBA.
- Vogel, Jefim, Julia K. Steinberger, Daniel W. O’Neill, William F. Lamb und Jaya Krishnakumar (2021): Socio-Economic Conditions for Satisfying Human Needs at Low Energy Use: An International Analysis of Social Provisioning. *Global Environmental Change* 69:102287. doi: 10.1016/j.gloenvcha.2021.102287.
- WBGU (2011): *Hauptgutachten. Welt Im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*. Berlin.
- WBGU (2020): *Landwende Im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration*. Berlin: WBGU.